

# FLUCHTPUNKT

 **SCHWEIZERISCHE  
FLÜCHTLINGSHILFE**  
[www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)



**Dossier: Roma in Kosovo** Seite 2

**Porträt: Ein Leben ohne Angst** Seite 7



Liebe Leserin,  
lieber Leser

Der Kosovo-Krieg ist seit 1999 offiziell beendet. Die Schweiz verhandelt gegenwärtig mit Kosovo über die Rückübernahme von Staatsbürgerinnen und -bürgern. Darunter fällt auch die ethnische Minderheit der Roma. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH bezweifelt, ob eine Rückkehr in Sicherheit und Würde gewährleistet ist. Mit einer Abklärungsreise machte sie sich ein Bild der Lage vor Ort. Die SFH besuchte dabei zwei bleivergiftete Lager im Norden Kosovos, ein zehnjähriges Dauerprovisorium für vertriebene Roma (siehe nebenan).

Auch im Kaukasus herrscht offiziell Frieden. Doch seit Beginn des ersten Tschetschenienkrieges werden immer noch Tausende von Menschen vermisst. Dieses Jahr haben Verschleppungen – zum Teil mit tödlichem Ausgang – wieder stark zugenommen. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Entführung und Ermordung der Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa (Seite 6).

Wir wollen auch im Jahr 2010 ein vielseitiges Magazin produzieren, das einen kritischen Blick auf die aktuelle Schweizer Asylpolitik wirft, den Flüchtlingen eine Stimme gibt und die Arbeit der SFH in all ihren Facetten zeigt. Dies gelingt uns nur mit Ihrer Unterstützung: Abonnieren Sie den «Fluchtpunkt» für CHF 20.– im Jahr, oder helfen Sie uns mit einer Spende! Ein Einzahlungsschein liegt bei.

Herzlichen Dank und frohe Festtage!

*R. Trechsel*

Rahel Trechsel  
Redaktorin «Fluchtpunkt»

**Titelbild:** Strassenszene im Roma-Lager Osterode, das wegen der ehemaligen Bleiminen in seiner unmittelbaren Nähe hochgradig kontaminiert ist.

© Keystone/EPA/Valdrin Xhemaj

## ABSCHIEBUNG IN DIE UNGEWISSHEIT?

Die Schweiz will Roma und andere ethnische Minderheiten nach Kosovo zurückführen. Eine Abklärungsreise der SFH vor Ort bringt ans Licht: Von einer Rückkehr der Roma in Sicherheit und Würde kann nicht die Rede sein. Rainer Mattern

Seit Februar 2008 ist Kosovo ein unabhängiger Staat. Derzeit verhandelt die Schweiz mit dem Balkanland über ein Rückübernahmeabkommen, das dieses verpflichtet, seine Staatsbürgerinnen und -bürger zurückzunehmen. Darunter fallen als besonders verletzliche Gruppe auch die Roma. Bundesbern befindet sich mit seinen Rückführungsabsichten in guter Gesellschaft: Andere europäische Staaten, insbesondere Deutschland, werden in naher Zukunft Roma-Flüchtlinge in grosser Zahl nach Kosovo abschieben.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH hegt Zweifel, ob die Bedingungen für eine tragfähige Rückkehr der Roma gegeben sind. Anfang September 2009 reiste deshalb eine Delegation der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV) und der SFH nach Kosovo. Auf dem dicht befrachteten Programm standen Besichtigungen und Gespräche mit verschiedensten Akteuren. So unternahm die De-

legation einen Augenschein in den bleivergifteten Roma-Lagern in Mitrovica im Norden des Landes – auch mit der Absicht, zu einer Evakuierung dieser Lager beizutragen.

### Ein hartes Pflaster

Der Befund der Abklärungsreise ist eindeutig: Auch zehn Jahre nach dem Kosovo-Krieg prägen Diskriminierung, Bedrohung und Schikanen den Alltag der Roma-Gemeinschaften. Seit Juli 2009 lassen sich gar eine Zunahme von Übergriffen und eine Verschlechterung der Sicherheitslage feststellen. Es fehlt allenthalben an Wohnungen, die früheren Unterkünfte der Roma sind noch immer zerstört oder besetzt. Und es mangelt an Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote der Roma liegt zwischen 95 und 100 Prozent. Auch die Bewegungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Ein Teil der Roma hat keine gültigen Ausweispapiere und ist damit faktisch staatenlos.



Toxische Schlackenhalde aus den ehemaligen Bleiminen.

Kärgliches Leben

Die Selbständigkeit Kosovos hat die Lage der ethnischen Minderheiten nicht verbessert. Im Gegenteil: Nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes ist die Verantwortung für die Rückkehrerinnen und Rückkehrer auf die kosovarischen Behörden übergegangen. Die internationalen Organisationen der UNO und der EU, bislang direkt zuständig für die Belange der Minderheiten, haben sich zurückgezogen. Den Gemeinden in Kosovo fehlen die finanziellen Mittel, um auch nur für die elementarsten Bedürfnisse der Roma zu sorgen. Sie sind auch nicht auf eine solche anspruchsvolle Aufgabe vorbereitet.

#### Tödliches «Providurium»

Die Lager in Mitrovica im Norden Kosovos sind ein sprechendes Beispiel für die triste Gegenwart der ethnischen Minderheiten. Nach dem Kosovo-Krieg 1999 installierte das UNHCR für die aus ihren Häusern vertriebenen Roma Notunterkünfte. Ursprünglich sollten die Obdachlosen 45 Tage in diesen Provisorien bleiben. Doch aus 45 Tagen wurden zehn Jahre. Auch heute noch leben Hunderte von Roma in den Lagern Cesmin Lug und Osterode, teils in primitiven, aus verschiedensten Materialien erstellten Hütten. Mittlerweile sind auch Personen hier untergebracht, die aus anderen Staaten ausgeschafft wurden.

Eine menschenunwürdige Dauerlösung, eine gefährliche überdies: Die Lager

befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu den toxischen Schlackenhalde einer ehemaligen Mine für Blei und andere Schwermetalle. Boden, Wasser und Luft sind kontaminiert. Bereits im Jahr 2004 wurden bei den Lagerbewohnerinnen und -bewohnern Vergiftungen festgestellt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führte damals bei den betroffenen Roma Bluttests durch, die inakzeptable Bleiwerte ergaben. Je länger eine Person toxischen Einflüssen ausgesetzt ist, desto ernster sind die Symptome: Schlaflosigkeit, Gedächtnisverlust, Desorientiertheit, Muskelspasmen usw. Die Folgen können irreversibel sein, Kinder nehmen das Blei zudem leichter auf. Die GfbV schätzt, dass bereits über 80 Personen an Bleivergiftung gestorben sind.

#### Schleppender Wiederaufbau

Es gibt inzwischen Pläne, die Roma wieder in ihrem angestammten Viertel Roma-Mahalla im Süden von Mitrovica anzusiedeln. Zumindest 480 Personen sollen dort Platz finden – nicht mehr als ein erster Schritt: Vor dem Kosovo-Krieg bot das Gelände Wohnraum für rund 8000 Menschen. Doch viele Roma zögern. Sie wissen nicht, ob der Grund der Roma-Mahalla nicht auch bleiverseucht ist. Zudem befürchten sie, in diesem von Albanerinnen und Albanern bewohnten Stadtteil schlechtere und unsichere Lebensbedingungen vorzufinden. Die Erin-

## Die SFH-Länderanalyse

Für die objektive Beurteilung der Schutzbedürftigkeit im Asylverfahren sind fundierte Informationen über die Situation in den Herkunftsländern der Asylsuchenden unabdingbar. Die SFH-Länderanalytikerinnen und -analytiker erarbeiten und veröffentlichen aktualisierte Länderberichte und erstellen Gutachten zu spezifischen asylrelevanten Fragen. Die unabhängigen Expertisen sind in Fachkreisen sehr geschätzt.

Auch Fachleute im Ausland stützen sich immer wieder auf die Beurteilung der SFH-Länderexpertinnen und -experten, um das Schutzbedürfnis und die Flüchtlingseigenschaft festzustellen oder die Zumutbarkeit einer Rückkehr abzuschätzen. So leistet die SFH-Länderanalyse einen wertvollen Beitrag zum Schutz von Verfolgten.

nerungen an die Vertreibungen von 1999 sind noch zu frisch.

So bleibt als Fazit der Reise die Frage: Wie soll eine Rückkehr von Zehntausenden von Roma aus westeuropäischen Ländern erfolgreich sein, wenn es nicht einmal gelingt, die Angehörigen dieser Minderheit aus den bleivergifteten Lagern zu evakuieren und sie medizinisch zu behandeln?



... in improvisierten Hütten.



Im Lager Cesmin Lug gestrandet: Abgeschobene aus Deutschland.

# WENIG PERSPEKTIVEN IN KOSOVO

Die jüngere Geschichte Kosovos ist auch eine Geschichte ethnisch motivierter Gewalt und Vertreibung. Daran hat sich für die Minderheiten wenig – zu wenig – geändert. Ein Rückblick.

Rainer Mattern

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH beschäftigte sich in den 1990er-Jahren in besonderem Masse mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien. Wie die Asylbehörden analysierte die SFH beständig die Lage und bezog Stellung. Von 1996 an vertrat sie die Auffassung, dass in Kosovo eine «Situation allgemeiner Gewalt» herrsche und die geflohenen Personen Schutz benötigten. Das damalige Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) stellte sich bis kurz vor Beginn der Nato-Angriffe im März 1999 auf den Standpunkt, dass die Fluchtbewegung aus Kosovo ein Fall von Arbeitsmigration sei.

Bereits im Jahr 1998 war es in Kosovo zu Kampfhandlungen gekommen. Der Kriegsausbruch und die ethnisch motivierte Massenvertreibung der albanischen Bevölkerung überraschten deshalb wenig. Die offizielle Schweiz, aber auch breite Teile der Bevölkerung zeigten in der Folge grosse Hilfsbereit-

schaft. Sie nahmen – im Verhältnis zur Einwohnerzahl – in Europa die grösste Anzahl Vertriebener vorübergehend auf.

## Die Machtverhältnisse kehren sich um

Bis zum Kosovo-Krieg machte die SFH vor allem auf die Unterdrückung und Vertreibung des albanischen Bevölkerungsteils aufmerksam. Mit dem Abzug des serbischen Militärs und der Rückkehr der Albanerinnen und Albaner änderte sich dies: Als ehemalige Besatzer wurden nun die Serbinnen und Serben ihrerseits zu Verfolgten. Doch die blinde Wut entlud sich auch gegen sämtliche anderen ethnischen Minderheiten. Es kam zu Tötungen, Plünderungen und Brandstiftungen. Weit über 200 000 Personen – Serbinnen und Serben, Roma, slawisch sprechende Minderheiten – flohen aus Kosovo.

Nun galt es für Organisationen wie die SFH aufzuzeigen, in welcher gefährlicher

Situation sich die ethnischen Minderheiten befanden und dass die Zeit für deren Rückkehr nicht reif war. Noch im März 2004, als sich die internationalen Organisationen auf eine Stabilisierung der Sicherheitslage in Kosovo einstellten, kam es erneut zu Gewaltausbrüchen gegen Serbinnen und Serben und Roma-Gemeinschaften. Über 4000 Angehörige dieser Minderheiten wurden vertrieben.

## Fragile Stabilität

Die Schweiz hat die Unabhängigkeit Kosovos im Februar 2008 offiziell anerkannt. Seit April 2009 gilt Kosovo laut Bundesratsbeschluss als «Safe Country», als verfolgungssicherer Staat – ein behördliches Wunschdenken, was die Minderheiten und die allgemeine Sicherheitsituation angeht. Auch heute, zehn Jahre nach dem Krieg, verlassen mehr Minderheitsangehörige das Land als dorthin zurückkehren. Die Lage ist nach wie vor instabil, Gewalt kann jederzeit wieder ausbrechen. Die Minderheiten werden diskriminiert und führen ein Leben ohne Perspektive. Die Realisierung der Vision einer multiethnischen Gesellschaft ist in weiter Ferne.



Die völlig zerstörte Roma-Mahalla (Archivbild von 2004).



Ein Leben ohne Perspektive: Roma im Lager Osterode.



**KARIN WARINGO (43)**

Promovierte Politologin, Mitbegründerin und Vorsitzende der Menschenrechtsvereinigung Chachipe.

## «DIE ROMA IN KOSOVO HABEN KEINE LOBBY»

**Ihre Organisation Chachipe setzt sich für die Anliegen von Roma in Kosovo ein. Was sind die Beweggründe für Ihr Engagement?**

Ein Arbeitskollege von mir und gleichzeitig Mitbegründer von Chachipe stammt aus Kosovo. Zusammen setzen wir uns seit Jahren für die Rechte der Roma aus Kosovo und die Flüchtlinge ein. Diese Menschen haben keine Lobby. Ihre Interessen wurden gegenüber den Interessen der Mehrheitsbevölkerung und der Kosovo-Serben geopfert.

**Wenn Sie die letzten Jahre Revue passieren lassen: Welche Entwicklungen stellen Sie fest in Bezug auf die Roma?**

Grob gesagt, kann man zwei Tendenzen unterscheiden. Zum einen ist das Thema «Roma» plötzlich ungeheuer attraktiv geworden, was sich in einer Vielzahl von Projekten und Konferenzen ausdrückt. Für die Betroffenen selbst hat sich allerdings nicht viel verändert. Ihre Lage ist im Gegenteil, bedingt unter anderem durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, vielfach schlechter geworden. Zudem werden Roma heute wieder zu Sündenböcken gemacht und immer häufiger Opfer rassistischer Gewalt.

**Im April 2009 hat die Schweiz Kosovo als so genanntes «Safe Country», als sicheres Herkunftsland, bezeichnet. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Diese Einschätzung hat wohl eher mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Schweiz als mit der realen Lage vor Ort zu tun. Insbesondere die Roma werden nach wie vor in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert und sind in der Wahrnehmung ihrer Rechte weitgehend eingeschränkt. Immer wieder kommt

es auch zu Übergriffen, die allerdings nur selten gemeldet werden. Eine objektive Berichterstattung fehlt.

**Verschiedene europäische Staaten wie Deutschland und die Schweiz sind daran, mit Kosovo ein Rückübernahmeabkommen zu unterzeichnen (Stand Mitte November 2009). Was bedeutet dies für die Roma, die verpflichtet sind, aus verschiedensten Ländern nach Kosovo zurückzukehren?**

Die Menschen leben schon seit Jahren mit der Angst vor einer Abschiebung und werden um die Chance gebracht, ein neues Leben zu beginnen. Allerdings wird ihre Angst nun viel konkreter. Viele Menschen überlegen es sich unterzutauchen oder suchen nach einem anderen Exilland. Das Notleid wird grösser.

**Es sollen Rückkehrende in den bleiverseuchten Lagern in Mitrovica in Nordkosovo gestrandet sein. Was passiert mit Rückkehrern, die keine Wohnung vorfinden, deren Haus zerstört oder besetzt ist?**

Einige Rückkehrende leben nun tatsächlich in diesen kontaminierten Lagern. Dies zeigt in einer besonders krassen Weise, dass die rechtlich garantierte Rückkehr der Flüchtlinge an den Heimatort oftmals nicht möglich ist. Personen, die abgeschoben werden, kehren fast nie an ihren Heimatort zurück, sondern werden zu Binnenflüchtlingen oder verlassen das Land erneut. Eine Unterstützung durch die Behörden gibt es allenfalls in den ersten Tagen nach der Ankunft. Danach sind die Rückkehrerinnen und Rückkehrer auf sich selbst gestellt.

Interview: Rahel Trechsel

### FEHLENDE SPRACHKENNTNISSE

#### FÜHREN ZU WEGWEISUNG

Am 23. September 2009 hat der Ständerat eine Motion der SVP-Fraktion angenommen, die verlangt, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich nicht integrieren wollen, ausgeschafft werden. Das Beherrschen einer Landessprache wird dabei als grundlegendes Kriterium für die Integration angesehen. Der Nationalrat hatte den Vorstoss bereits im Mai gutgeheissen. Die Ratslinke sprach sich aus rechtsstaatlichen Gründen gegen das Anliegen aus und warnte vor einer unwürdigen «Hexenjagd».

### SCHWEIZ VERTIEFT MITARBEIT BEI FRONTEX

In Zukunft können Schweizer Grenzwächterinnen und Grenzwächter für befristete Einsätze für die EU-Grenzschutzagentur Frontex eingesetzt werden. Ausserdem wird sich die Schweiz mit voraussichtlich 2,3 bis 2,7 Millionen Schweizer Franken pro Jahr am Budget von Frontex beteiligen. Geplant ist ferner die Zusammenarbeit mit anderen Schengen-Staaten bei Projekten zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den EU-Aussengrenzen. Der Bundesrat hat am 26. August 2009 einem entsprechenden Zusatzabkommen zu Frontex zwischen der EU, dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz zugestimmt.

### SCHWEIZ ORGANISIERT MINISTERKONFERENZ

Seit November 2009 präsidiert die Schweiz für ein halbes Jahr den Europarat. Um während dieser Zeit Fortschritte in den Bereichen Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu erzielen, führt sie am 18./19. Februar 2010 eine Ministerkonferenz in Interlaken durch. Die Schweiz strebt eine gemeinsame Erklärung der 47 Mitgliedstaaten an, worin diese ihr Engagement für die in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) garantierten Rechte bekräftigen. Ziel der Konferenz ist es auch, die Reform des chronisch überlasteten Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg voranzutreiben. Bei den 47 Richterinnen und Richtern sind inzwischen über 100 000 Beschwerden hängig.

# TRÜGERISCHE RUHE IM KAVKASUS

Die russischen Teilrepubliken des Kaukasus bleiben eine grosse Sorge des Kremls. Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow präsentiert sich dort als starker Mann und Garant für Stabilität. In diesem Klima kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Urs Rybi

Am 16. Juli 2009 steht Natalja Estemirowa an einer Busstation in Grosny, als plötzlich ein weisser Wagen neben ihr stoppt und sie von Unbekannten gezwungen wird einzusteigen. Instinktiv ruft sie noch, dass sie entführt werde. Doch sie hat keine Chance. Am Nachmittag wird ihre

Leiche in der Nachbarrepublik Inguschetien aufgefunden. Die Ermordung der leitenden Rechercheurin des Tschechen-Büros des Menschenrechtszentrums «Memorial» führt weltweit zu grosser Bestürzung. Soeben hatte Estemirowa im Falle einer aussergerichtlichen Hinrichtung mit deutlichen Hinweisen auf eine Beteiligung der Sicherheitskräfte ermittelt.

Ramsan Kadyrow wehrt sich vehement

gegen die Vorwürfe, in die Ermordung Estemirowas verwickelt zu sein. Er verspricht, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten und diese gleich persönlich zu überwachen. Ob dies ein gutes Omen ist, bleibt offen. In einem Interview erklärte er im August: «Wozu sollte Kadyrow eine Frau umbringen, die niemand braucht? Estemirowa hatte keine Ehre oder Schamgefühle.» Die Reihe von Morden gegen Menschenrechtler und Oppositionelle zieht sich allein 2009 von Grosny über Moskau bis nach Dubai und Wien.

## Verschleppungen nehmen zu

Doch auch durchschnittliche Bürgerinnen und Bürger sind dem Risiko ausgesetzt, auf dem Arbeitsweg oder zu Hause von Sicherheitskräften oder bewaffneten Gruppen entführt zu werden. Tausende von Menschen werden seit Beginn des ersten Tschetschenienkrieges vermisst. Die Zahl solcher Verschleppungen hat 2009 wieder stark zugenommen. Viele werden gefoltert, zu falschen Geständnissen gezwungen und «präventiv eingeschüchert». Oder gleich aussergerichtlich hingerichtet, in Uniformen gekleidet und als tote Rebellen präsentiert wie etwa die Gebrüder Ilaev am 30. November 2008 in Tschechenien oder Ismail Khamkhoyev am 28. April 2009 in Inguschetien.

Die Herausforderungen, mit denen sich die Republikführungen konfrontiert sehen, sind zweifellos enorm. Bewaffnete

islamistische Gruppen überziehen die Region mit Anschlägen, insbesondere gegen Ordnungskräfte und staatliche Funktionäre. Im Verlauf des Jahres 2009 werden in Dagestan und Inguschetien unter anderem Staatsanwälte und Minister gezielt ermordet. Der inguschetische Präsident Junus-Bek Jewkurow überlebt ein Attentat nur schwer verletzt. Laut Paul Quinn-Judge, Russland-Experte der International Crisis Group, gilt es nun unbedingt, eine Verschmelzung der kaukasischen Gruppen mit zurückkehrenden islamistischen Kämpfern aus Afghanistan und Zentralasien zu verhindern. Als noch gravierender als die Anschläge der Aufständischen schätzt «Memorial» die organisierte Kriminalität und Korruption ein.

## Leise Hoffnung in Inguschetien?

Präsident Jewkurow hat sich in seinem ersten Amtsjahr mit seinem Engagement gegen Korruption und für Versöhnung viel Respekt in der Bevölkerung verschafft. In Inguschetien verfolgt der Kreml damit eine pointierte andere Politik als in Tschechenien. Die Missstände bleiben dennoch enorm, und ein durch das Attentat geschwächter Jewkurow kämpft um seinen politischen Rückhalt. Anfang Oktober hat er seine komplette Regierungsmannschaft entlassen.

**Weitere Informationen**  
SFH-Länder-Update Nordkaukasus, November 2009: [www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europe/tschetschenien](http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europe/tschetschenien)

**Film-Tipp**  
Coca – die Taube aus Tschechenien, Dokumentarfilm über das unermüdliche Engagement tschechenischer Menschenrechtsaktivistinnen, 2005: [www.docproductions.ch/d/filme/6](http://www.docproductions.ch/d/filme/6)



Übersichtskarte Nordkaukasus. Quelle: SFH, basierend auf UNO-/CIA-Karten, Einwohnerzahlen: RFE/RL.

# EIN LEBEN OHNE ANGST

Als Kind einer kurdischen Familie, die mit dem Kommunismus sympathisiert, ist Eylem Çakiroğlu in ihrer Jugend wiederholt mit der Polizei konfrontiert. 2006 spitzt sich die Situation so weit zu, dass ihr nur die Flucht aus der Türkei bleibt. Michael Fankhauser

Eine Kindheit in Angst: Ihre Muttersprache hat Eylem Çakiroğlu, 1980 in der türkischen Mittelmeerstadt Mersin geboren, nie gelernt. Kurdisch ist damals verboten: «Meine Mutter fürchtete, dass wir Kinder unüberlegt die Sprache benutzen würden, was gefährlich war.» Als 15-Jährige macht Eylem Çakiroğlu unliebsame Bekanntschaft mit der Polizei. Ihr Onkel, der Mitglied einer kommunistischen Partei ist, wird inhaftiert. Dabei gerät auch Eylem Çakiroğlus Familie ins Visier der Polizeibeamten. Es folgen zermürende Hausdurchsuchungen, Verhöre, gewalttätige Übergriffe, auch gegen die Grossmutter. Eylem Çakiroğlu selbst wird wegen ihres Namens übel beschimpft: «Eylem» heisst auf Türkisch «Demonstration» – eine politische Aussage.

Eylem Çakiroğlu beginnt ein Studium in Sozialer Arbeit, bricht dieses aber wieder ab: «Die Polizei schikanierte mich. Ich konnte mein Leben nicht so führen, wie ich wollte.» 2003 zieht sie nach Istanbul zu ihrer Schwester und deren Mann, die dort eine kleine Druckerei betreiben. Eylem Çakiroğlu hilft im Geschäft aus, erledigt Aufträge. Die Ruhe währt nur kurz: Eines Tages erscheint die Polizei im Betrieb und durchsucht die Räume. Ihr Schwager, der Ausweise für die kommunistische Guerilla gefälscht hat, muss untertauchen. Es häufen sich die Polizeibesuche. Eylem Çakiroğlu und ihre Schwester, die in der Zwischenzeit Mutter geworden ist, leben in ständiger Furcht. Als sie für eine kommunistische Zeitung eine Gedenkseite für ermordete Parteimitglieder gestaltet, wird die Lage auch für Eylem Çakiroğlu brenzlig. Sie kommt bei Freunden in Izmir unter, muss häufig die Verstecke wechseln, um nicht entdeckt zu werden.

## «Allein unter einem Baum»

Auf die Dauer ein unerträglicher Zustand: Im Mai 2006 flüchten Eylem Çakiroğlu und die Familie ihrer Schwester deshalb in die Schweiz, wo sie im Empfangs- und Verfahrenszentrum Basel einen

der Schweiz ein neues Leben aufbauen.» Sie besucht verschiedene Integrations- und Deutschkurse und trifft dank ihrer aufgeschlossenen Art auf «gute Leute», die sie unterstützen und begleiten, zum Beispiel die Nachtwachen, die sie an ruhigen Abenden im Durchgangszentrum kleine Deutschaufgaben lösen lassen. Eylem Çakiroğlu, die inzwischen den Ausweis B (Aufenthaltsbewilligung für Drittstaatsangehörige) besitzt, möchte bald die Ausbildung zur Fachfrau Betreuung beginnen – nur ein Zwischenschritt auf ihrem Berufsweg: Später will sie ein Studium in Sozialpädagogik absolvieren. Im Rahmen des Bildungsangebots der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH steht



Eylem Çakiroğlu: «Ich musste mir ein neues Leben aufbauen.»

Asylantrag stellen. Wenig später erfolgt der Transfer ins Durchgangszentrum Zollikofen BE. Vieles ist ungewohnt: der streng geregelte Alltag im Zentrum, das Leben unter Asylsuchenden aus unterschiedlichen Nationen, die Lebensweise in der Schweiz. Eylem Çakiroğlu weint oft, fühlt sich einsam: «Ich sprach mit niemandem, sass oft allein unter einem Baum.»

Schliesslich gibt sich Eylem Çakiroğlu einen Ruck: «Ich merkte, ich muss mir in

sie zudem in Schulen und Kirchgemeinden als Flüchtlingsperson Red und Antwort.

## Grosser Freundeskreis

Die Schweiz ist ihr eine zweite Heimat geworden: «Ich verbrachte in diesem Sommer meine Ferien in Italien und habe oft an meine Freunde hierzulande gedacht.» Das Leben in der Türkei vermisst sie nicht, wohl aber ihre Eltern: Übers Internet tauscht sie sich regelmässig mit ihrer Familie aus.

# GELUNGENE BUCHVERNISSAGE

Rund 70 Behördenvertreter, Politikerinnen und Asylfachleute haben am 8. September 2009 der Präsentation des Werks «Schweizer Asylrecht, EU-Standards und internationales Flüchtlingsrecht» beigewohnt. Zur Buchvernissage in der Universität Bern eingeladen hatten die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH und das UNHCR-Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein.

Susin Park, Leiterin des UNHCR-Verbindungsbüros, begrüßte in ihrer Ansprache, dass die Asylthematik wieder Einzug halte in der akademischen Welt. Minister Hanspeter Mock vom Integrationsbüro des Eidg. Aussen- und des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes unterstrich die Notwendigkeit für die Schweiz, sich nicht auf die mit Schengen verbundenen Verpflichtungen zu beschränken, sondern die gesamte Asylpolitik der EU im Blick zu behalten. Der

Interimsdirektor des Bundesamts für Migration (BFM), Jörg Gasser, zog nach neun Monaten Dublin-Assoziierungsabkommen eine positive Gesamtbilanz für die Schweiz. Dr. Michael Reiterer, EU-Botschafter in der Schweiz, wies darauf hin, dass die Qualität der Asylentscheide verbessert werden müsse. So habe ein Iraker in Deutschland eine 75-%-Chance, als Flüchtling anerkannt zu werden, in Griechenland dagegen nur eine von 2%.

Die Vergleichsstudie erntete an der Vernissage viel Lob. Beendet wurde der Anlass mit einer intensiven Fragerunde und einem Apéro, an dem sich die asylpolitischen Debatten fortsetzten.

**Die Reden sind auf der Website der SFH abrufbar: [www.fluechtlingshilfe.ch/news](http://www.fluechtlingshilfe.ch/news)**



## Vergleichsstudie: Schweizer Asylrecht, EU-Standards und internationales Flüchtlingsrecht

Die europäische Asylpolitik bewegt sich in einem vielschichtigen Spannungsfeld

zwischen Abschottung und der Einlösung humanitärer Verpflichtungen. Die Asylrichtlinien der EU sind auch für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Der umfassende Sammelband analysiert in vergleichenden Beiträgen das Verhältnis zwischen den europäischen Standards, dem Schweizer Asylrecht und dem Völkerrecht.

SFH/UNHCR (Hrsg.), *Schweizer Asylrecht, EU-Standards und internationales Flüchtlingsrecht, Eine Vergleichsstudie*, Stämpfli Verlag, CHF 88.–, ISBN 978-3-7272-9529-4.



## Handbuch zum Asyl- und Wegweisungsverfahren

Mit der Einführung des teilrevidierten Asylgesetzes und des neuen Ausländergesetzes 2007 bzw. 2008 wurde jüngst ein

weiteres Kapitel der Schweizer Migrationspolitik geschrieben – die Regeldichte im Asylbereich ist enorm. Das Standardwerk, das auch für juristische Laien zugänglich ist, liefert rasche und verlässliche Antworten auf aktuelle Fragen des Asylrechts.

SFH (Hrsg.), *Handbuch zum Asyl- und Wegweisungsverfahren*, Haupt Verlag, CHF 64.–, ISBN 978-3-258-07376-7.

**Bücher bestellen: Tel. 031 370 75 75, [www.fluechtlingshilfe.ch/shop](http://www.fluechtlingshilfe.ch/shop)**



Feierliche Präsentation im Kuppelsaal der Universität Bern.



Impressum:  
Verlag und Herausgeberin «Fluchtpunkt»  
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Weyermannsstrasse 10, Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75, E-Mail: [info@fluechtlingshilfe.ch](mailto:info@fluechtlingshilfe.ch)  
Internet: [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)  
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Der Fluchtpunkt erscheint viermal jährlich.  
Auflage: 4750 Exemplare  
Jahresabonnement: CHF 20.–  
Redaktion: Michael Fankhauser, Rahel Trechsel  
Übersetzungen: Sabine Dormond, Montreux  
Layout: Bernd Konrad, Bern  
Druck: Rub Graf-Lehmann AG, Bern



Dieses Zeichen steht für den gewissenhaften Umgang mit Ihrer Spende